

## **Die Bankenabgabe: Ein untaugliches Mittel zur Vermeidung zukünftiger Finanzkrisen**

Erinnern wir uns: Unverantwortliche, gewissenlose Akteure aus der Finanzbranche haben die Welt mit hochspekulativen Produkten an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht. Dies ist noch keine zwei Jahre her, und die Auswirkungen verspüren wir noch immer. In der Zeit des großen Bangens haben die Regierungen der Industrienationen die Köpfe zusammengesteckt und sich versprochen, dies nie wieder geschehen zu lassen. Weil aber die Gier immer wieder siegt, scheint das alles „Schnee von gestern“ zu sein – der Mensch vergisst ja so gerne, und leider auch die Regierenden in unserem Lande.

Ende März hat die schwarz-gelbe Bundesregierung eine sogenannte „Bankenabgabe“ beschlossen, die die Finanzinstitute zum Beitrag möglicher zukünftiger Schäden heranziehen soll. Doch leider ist aus den vielen Versprechen, Akteure an die Kandare zu nehmen und Produkte rigorosier zu handhaben, nichts geworden. Wer redet heute noch davon, die Manager in die Verantwortung zu nehmen? Und wer denkt heute noch darüber nach, „toxische“ Produkte zu verbieten? Haben wir denn alles verdrängt, sind wir denn von Sinnen?!

- Die schwarz-gelbe Bundesregierung will von den Banken einen Obolus erheben – gerade mal 1,2 Milliarden Euro pro Jahr; die Finanzkrise hat ein Vielfaches gekostet, und die Banken müssten jahrzehntelang Abgaben zahlen, um auch nur eine kleine, von ihnen verursachte Krise „bezahlen“ zu können.
- Jeder weiß, dass die Banken die von ihnen erhobene Abgabe auf ihre Kunden abwälzen – will Schwarz-Gelb, dass wir dann letzten Endes die Zeche zahlen? Ist dies denn auch wieder nur ein Beispiel bürgerfeindlicher Klientelpolitik?

Wir müssen die Ursachen der Finanzkrisen verhindern und „das Übel an der Wurzel packen“! Wir müssen mit allen gebotenen juristischen Mitteln verhindern, dass hochspekulative Finanzprodukte, hinter denen keine realwirtschaftlichen Güter stehen, über den Bankentresen gehen. Wir müssen gewissenlosen Managern, die mit solchen Geschäften Millionen an Boni verdienen, das Handwerk legen und sie persönlich haftbar machen. Wir müssen die Ratingagenturen, die solche Unternehmen bewerten, in die Pflicht nehmen. Wir müssen die Finanzunternehmen, die als global Handelnde sogar Staaten und ganze Volkswirtschaften durch Währungsspekulationen destabilisieren, in die Schranken verweisen und notfalls vom Markt nehmen. Und letzten Endes muss der Staat als Vertreter seines obersten Souveräns - des Volkes - die Interessen ebendieses Volkes wahren, zum Nutzen aller und nicht nur für den heutigen Tag, sondern auch für die Zukunft – und genau dies tut Schwarz-Gelb mit der geplanten Bankenabgabe nicht!